ANTRAG

Bundesjugendwerkskonferenz 2026

Gremium: *Bundeskonferenz*

Beschlussdatum: *17.05.2026*

Tagesordnungspunkt: *7.c. Weitere Anträge*

A5: Unsere Antwort heißt Solidarität - Landtagswahlen im Osten

Die Bundesjugendwerkskonferenz beschließt folgende Position:

Unsere Antwort heißt Solidarität - Landtagswahlen im Osten

Dieses Jahr finden in Sachsen-Anhalt, Berlin und Mecklenburg-Vorpommern Landtagswahlen statt. Die anstehenden Wahlen finden in einem Klima statt, das massiv von einem fortschreitenden Rechtsruck geprägt ist. Rechtspopulistische und extrem rechte Kräfte, insbesondere die AfD, versuchen, menschenfeindliche Positionen zu normalisieren.Das beobachten wir mit großer Sorge.

Verpflichtet aus unseren Werten, stellen wir uns entschlossen dagegen. Wir fühlen dabei besondere Verbundenheit mit Menschen und zivilgesellschaftlichen Organisationen in Ostdeutschland, die sich für ein solidarisches Zusammenleben aller Menschen einsetzen und deswegen unter besonders zunehmendem Druck stehen.

Für eine wehrhafte Demokratie und eine starke Zivilgesellschaft fordern wir:

1. **Schutz der gemeinnützigen Zivilgesellschaft:** Politisches Engagement für Menschenrechte und gegen Diskriminierung ist kein Verstoß gegen die Neutralität, sondern eine Grundlage unserer Demokratie. Wir beobachten, dass Organisationen, die sich gegen Rechtsextremismus einsetzen, mit dem Entzug ihrer Gemeinnützigkeit bedroht oder durch „Neutralitätsvorgaben“ mundtot gemacht werden. Das muss ein Ende haben.(F1)

2. **Solidarität mit Betroffenen von Diskriminierung:** Extrem Rechte Kräfte

betonen explizit Ausgrenzung und Ungleichheit. Wir fordern einen konsequenten Schutz von Menschen, die von Rassismus, Klassismus, Queerfeindlichkeit und anderen Formen der Diskriminierung betroffen sind.

3. **Konsequente Prüfung von Parteiverboten:** Wir fordern den Bundestag, den Bundesrat und die Bundesregierung nach wie vor auf, ein Parteiverbotsverfahren gegen die AfD ernsthaft in Prüfung zu geben. Wir beziehen uns dabei auf unsere bisherigen Positionen dazu. (F2)

4. **Förderung sozialer Sicherheit:** Rechtspopulismus ist dort besonders erfolgreich, wo ernsthafte Probleme, Ängste und soziale Ungleichheit herrschen. Wir fordern eine Politik, die Armut bekämpft und soziale Sicherheit für alle garantiert, um der Spaltung die Grundlage zu entziehen.

5. **Stärkung der politischen Bildung:** Angesichts des steigenden Drucks auf die öffentlichen Haushalte muss die Finanzierung der schulischen und außerschulischen politischen Bildung gesichert werden. Menschen in jedem Alter müssen dazu befähigt werden, extrem rechte Ideologien und Mythen als solche zu erkennen.

Fußnoten:

F1: “Für eine starke Zivilgesellschaft und Demokratisches Engagement!”. Position des Bundejugendwerks aus dem Jahr 2025

F2: “Demokratie Verteidigen - Position des Bundesjugendwerks der AWO zur Prüfung eines Parteiverbots der AfD”. Position des Bundesjugendwerks aus dem Jahr 2025; “AfD-Parteiverbotsverfahren jetzt!”. Position des Deutschen Bundesjugendrings aus dem Jahr 2024

Begründung in einfacher Sprache

Wir kommen dieses Jahr zur Bundeskonferenz in Magdeburg zusammen. Gerade in Sachsen-Anhalt und anderen ostdeutschen Bundesländern, aber auch in Gesamtdeutschland, beobachten wir mit großer Sorge das Erstarken rechtsextremer Kräfte. Das ist keine abstrakte Gefahr, sondern eine bittere Realität für viele

Menschen vor Ort.

Besonders besorgniserregend sind die zunehmenden Angriffe auf die Zivilgesellschaft. Vereine und Projekte, die sich für Vielfalt und gegen Ausgrenzung einsetzen, werden gezielt eingeschüchtert oder finanziell in ihrer Existenz bedroht. Das trifft auch unsere eigenen Strukturen: Wir erklären uns ausdrücklich solidarisch mit den Jugendwerker*innen in Ostdeutschland. Sie leisten unter schwierigen Bedingungen wertvolle Arbeit für unsere Werte und die Demokratie.

Mit diesem Antrag machen wir deutlich: Wer die Zivilgesellschaft angreift, trifft uns alle. Wir lassen niemanden allein, der sich gegen Rechtsaußen stellt. Wir fordern echte Freiheit – sowohl sozial durch eine starke Armutsbekämpfung als auch politisch durch den Schutz unserer demokratischen Freiräume. Unsere Antwort auf Spaltung und Hass ist und bleibt die Solidarität.